

Rüpel

Die Gesamtschule: eine Schule für alle und also auch eine für die Elite

Pädagogische Korrespondenz (1994) 14, S. 33-42



Quellenangabe/ Reference:

Rüpel: Die Gesamtschule: eine Schule für alle und also auch eine für die Elite - In: *Pädagogische Korrespondenz* (1994) 14, S. 33-42 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-79612 - DOI: 10.25656/01:7961

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-79612>

<https://doi.org/10.25656/01:7961>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

DAS AKTUELLE THEMA

5 *Karl-Heinz Dammer*

»Auf der Suche nach der verlorenen Autorität«
Zum Autoritätsbegriff bei Max Horkheimer

ESSAY

19 *Andreas Gruschka*

Bildungszeit: Geld oder Leben

DER REFORMVORSCHLAG

33 *Rüpel*

Die Gesamtschule: eine Schule für alle und also auch eine für die Elite

KÄLTESTUDIE

43 *Helmut Stövesand*

Eltern und Schule

Zu den Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern in der Schule

DIDAKTIKUM

52 *Karl-Heinz Dammer*

Viel Lärm um Benetton

AUS DEN MEDIEN

57 *Peter Moritz*

Fernsehen als Ideologie (Teil II)

Zur Inszenierung eines Erziehungskonflikts in der Lindenstraße

ÜBER EXEMPLARISCHE NEUERSCHEINUNGEN

80 *André M. Kuhl*

Die »kalten« Zwanziger

Zu Helmut Lethens Buch »Verhaltenslehre der Kälte.

Lebensversuche zwischen den Kriegen«

AUS DER FREMDE I

88 *Michael Tischer*

All you need is punk

AUS DER FREMDE II

91 *Isabel Greschat*

Buy or die

AUS DER FREMDE III

- 94 *Andreas Gruschka*
Noch eine Tüte bitte!

AUS WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

- 96 *Oskar Klemmert*
Alle Mann an Bord?
Standpunkte zum Problem der Theorie-Praxis-Vermittlung
in der Sozialpädagogik

AUS DEM GESTRÜPP DES INSTITUTIONALISMUS

- 109 Klassenbildung für den fünften Jahrgang

Rüpel

Die Gesamtschule: eine Schule für alle und also auch eine für die Elite

I

Es ist schier zum Verzweifeln: Wer sich innerhalb der Sozialdemokratie unverdrossen um strukturelle Reformen im Bildungsbereich bemüht, wird von den führenden Genossen immer häufiger und immer unverfrorener abgestraft. In der freundlichen Variante wird jeder Vorschlag mit dem Finanzargument vom Tisch gewischt oder heftiger und drohend mit dem Hinweis diskreditiert, er schade der Partei, die reine Lehre sei nicht mehrheitsfähig, und sie weiterhin zu verkünden, schrecke die Wähler ab. Viele meiner Freunde haben sich, wenn sie schon keinen Einfluß auf deren praktische Politik nehmen können, darauf eingerichtet, die SPD doch wenigstens programmatisch auf Kurs zu halten, mit dem Kampf dafür, das Ziel eines integrierten, stufengegliederten Schulsystems in den Parteiprogrammen zu konservieren. Aber auch das wird zunehmend schwieriger.

Die größte Landespartei der SPD, die von Nordrhein-Westfalen, beschloß auf ihrem Sonderparteitag in Leverkusen am 18.9.1993, sich von der Gesamtschule als dem Zielsystem zu distanzieren. Die Mehrheit des Parteitages lehnte sogar die Übernahme der sehr moderaten bildungspolitischen Passagen des Berliner Programmes ab. Die Schlagzeilen der Medien lauteten entsprechend:

- Sozialdemokraten NRW rücken von der integrierten Gesamtschule ab!
- Parteitag sieht in der Gesamtschule nicht mehr die bevorzugte Schulform!
- NRW-SPD in der Bildungspolitik auf Schmusekurs!
- Parteitag für den Erhalt des gegliederten Schulwesens!

Die SPD befindet sich in schlechter Gesellschaft. Auch die CDU hat sich mit ihren jüngsten Beschlüssen von einer gestaltenden Bildungspolitik verabschiedet. Auf ihrem Berliner Bundesparteitag im Frühsommer 1993 wurde das dreigliedrige Schulwesen festgeschrieben, nur Hanna-Renata Laurien suchte die Parteifreunde zu einer positiveren Einschätzung der Gesamtschule zu bewegen. Vielen mit der Sache vertrauten Konservativen schien es wenig zukunftsorientiert zu sein, mit der nostalgischen Erinnerung an die frühen Jahre der Republik die Zukunft zu planen, also auf ein System zu setzen, das sich überlebt habe. Genau das findet nun in der SPD Nachahmung.

Als machte es keinen Unterschied mehr, ob er auf der Leverkusener oder der Berliner Veranstaltung redete, beschimpfte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag die sich für die Gesamtschule einsetzenden Genossen als »bildungspolitische Subkultur«. Die (wie lange noch?) in der SPD verbliebenen Befürworter der Gesamtschule waren zuvor in Hintergrundgesprächen der Parteitagsregisseure mit

den wichtigsten Journalisten aus der Landespressekonferenz charakterisiert worden als: »Alt-Achtundsechziger«, »bildungspolitische Betonköpfe«, »Ideologen«, »Kollegschultheologen«, »Stufenschulfetischisten«. Mit dieser Abgrenzung konnten sich die Anführer des Parteitags die Vorlage von Alternativen zur Weiterentwicklung der Schule fast vollständig ersparen.

Die Polemik als Programmersatz ging selbst den Konservativen und fachlich Ausgewiesenen unter den Journalisten gegen den Strich. Denn sie schätzten etwas an den Bildungslinken, nämlich deren Bereitschaft, die strukturellen Krisensymptome des Bildungswesens auszusprechen, statt die Schule gesund zu beten, bzw. die Krise just mit dem, was sie verursacht hat, bekämpfen zu wollen. Das gegliederte Schulwesen ist inzwischen auch für den konservativen Beobachter nicht dadurch zu retten, daß man das an seinen Selbstwidersprüchen zerbrechende System als Lösungsperspektive beschwört.

Was nun? Was tun mit den 180 Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen und den gleich vielen in anderen Bundesländern? Johannes Rau erklärte mit der Formulierung, er wolle »den Kindern, die diese Schulen besuchen, ihre Gesamtschulen nicht nehmen«, seine Formel für die Duldung der Gesamtschulen als pädagogischen Inseln und damit zugleich den Abschied vom langfristigen Ziel der allgemeinen Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen. Die Gesamtschulen werden in Nordrhein-Westfalen schon seit geraumer Zeit behandelt wie jede andere Schule, in der Lehrerruweisung, in der Ausstattung der Gebäude gibt es keine Vorteile mehr. In den Richtlinien und Lehrplänen ist Konvergenz angesagt. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Den Gesamtschulen und ihrer Bewegung stellt sich unter der SPD in NRW die Frage ihrer Abwicklung, weitgehend unabhängig davon, wie erfolgreich sie in vielen Orten des Landes sind. Immerhin kann sie sich in NRW anders als in Berlin, wo sie als gescheitertes Modell behandelt wird, eines ungeminderten Zuspruchs erfreuen.

II

Kürzlich rief mich ein Freund an. Er hatte beschlossen, seinen Sohn in einer Gesamtschule anzumelden. Ich freute mich darüber, wie ich mich über jeden Vater und jede Mutter mit akademischem Hintergrund freue, die der Meinung sind, daß ihr Kind am besten in der Gesamtschule aufgehoben sei. Die Gesamtschule hatte die Aufnahme des Kindes zugesagt, aber kurz vor Anmeldeschluß bekamen die Eltern einen Brief vom Schulleiter, in dem dieser ihnen mitteilte, daß das Kind doch nicht aufgenommen werden könne, seine bisherigen Schulleistungen in der Grundschule seien zu schwach, es sei aus der Gruppe der schwächeren Bewerber herausgelost worden. Die Gesamtschule müsse darauf achten, daß in ihrer Schülerschaft die Gruppe der leistungsstarken Schüler möglichst stark vertreten sei. Mein daraufhin empörter Freund suchte nun eines der renommierten Gymnasien der Stadt auf. Dort wurde das Kind mit großer Freundlichkeit auf- und angenommen. Was ich davon halten würde, wurde ich gefragt. Mit verzweifelter Ironie antwortete ich: Die Gesamtschule sei eben eine Eliteschule, sie nehme längst nicht wie jedes poplige

Gymnasium jeden auf! Ich machte wohl nur noch schlechte Witze, lautete der resignative Kommentar. Wirklich nur ein schlechter Witz?

III

Die Grünen im Landtag von NRW, unverdrossene Kämpfer für die Strukturreform, sind auf die Idee gekommen, ein Schulreformgesetz einzubringen. Inzwischen haben sie gelernt, was dann parlamentarisch zu geschehen hat: Man lädt alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer parlamentarischen Anhörung ein. Viele folgten der Einladung. Die Grünen bemühten sich darum, ihren Gästen deutlich zu machen, daß sie mit einer flexiblen Einführung der Stufenschule einen pragmatischen Weg zur Lösung des Strukturproblems einschlagen würden. Sie erklärten den Anwesenden, daß wir nicht immer weiter mit einem gegliederten Schulwesen operieren sollten, obwohl es in keiner seiner Formen mehr die Funktion erfülle, die jeder von ihnen spezifisch zugewiesen sei. Weder sei die Hauptschule die Schule der Mehrheit noch das Gymnasium eine Schule der Besten, die sich in ihm auf ein Hochschulstudium vorbereiteten. Wer die Zukunft der Berufsausbildung sichern wolle, müsse die Sogwirkung des Gymnasiums brechen, müsse attraktive Alternativen zum Gymnasium einführen, die Gesamt- oder zumindest die Verbundschule in der Sekundarstufe I und die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung in der Sekundarstufe II.

Die Grünen sind also gegen die fortgesetzte Bildungsexpansion nach dem bisherigen Muster, sie stehen damit in keinem Widerspruch zu der Grundsatzposition der Gewerkschaften wie der Arbeitgeber. Unterstützt wurde die Initiative durch eine prominente Kämpferin für die Gesamtschule. Diese, so betonte sie an die Adresse der Wirtschaftsvertreter, sei die Schule der Wirtschaft.

Ihr Werben war nicht erfolgreich. Die Vertreter der Wirtschaft zogen gegen die Initiative zu Felde, als gelte es, einen erneuten Versuch zur Initiierung einer Kulturrevolution im Keim zu ersticken. Alle Hinweise darauf, die Einheitsschule sei doch in Wahrheit keine, an ihrem Ende kämen fein sortiert unterschiedliche Schülergruppen heraus, verfiel nicht. Auf die Rückfrage, was denn das Rezept der Wirtschaft sei, um wieder eine bessere Passung zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem durchzusetzen, kam die alte Antwort: Man müsse halt dafür sorgen, daß wie in den seligen Zeiten des gegliederten Systems im Verlaufe des gymnasialen Bildungsganges aus den Novizen der Sexta die wenigen Besten herausgefiltert würden, aus 100 etwa 30, durch die Durchsetzung beinhardter Leistungsstandards. Die Vertreter der integrierten Schule reagierten darauf mit Empörung. So scheiterte die Verständigung.

IV

Das Beispiel zeigt: Der offensichtliche Bildungsnotstand soll mit dem rhetorischen Mittel der Polarisierung von zwei Optionen therapiert werden: »Gleiche Chancen für alle oder Kaderschmiede für Überflieger?« Links-liberale Bildungspolitiker fordern, gerade in Zeiten sozialer Schwierigkeiten sei an dem Ziel »Bildung für

alle« festzuhalten. Gelegentlich sondern sie dabei so starken Tobak ab, daß diejenigen, die sie wachrütteln wollen, sie für verrückt erklären: So fühlte sich ein Hauptschulrektor bei jenen Wirtschaftsvertretern, die sagen, es reiche, wenn Hauptschüler halbwegs lesen, schreiben und rechnen könnten, »an Heinrich Himmels Plan einer Helotenschule für die unterworfenen Ostvölker erinnert«. Bei der Anhörung im Landtag hatten viele bereits damit ihre »schwerwiegenden Bedenken«, daß die Grünen im Schulsystem Selektion ausgemacht zu haben glaubten. Das sei ein Wort, das nach Auschwitz für »normale gesellschaftliche Sachverhalte« nicht mehr benutzt werden dürfe.

Die Gegenposition kommt selten so klar zum Ausdruck wie kürzlich im »Stern« mit Meinhard Miegel, dem Direktor des ehemals von Kurt Biedenkopf geleiteten Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft: In Anbetracht der Steigerung der Abiturientenquote von 6,8% im Jahre 1970 auf fast 30% im Jahre 1990 stellt er fest, eine kleine Zahl sorgfältig Ausgebildeter sei ein größerer Gewinn für die Gesellschaft als eine große Zahl mittelmäßiger Absolventen. Wenn 14% statt 30% eines Jahrganges zum Studium kämen, reiche das. Miegel hätte auf die Schweizer Eidgenossenschaft hinweisen können. Dort gilt das Abitur noch ausschließlich als Zugangsbedingung für wissenschaftliche Studien an Hochschulen, die im wesentlichen Forscher ausbilden. Auch eine extrem modernisierte Gesellschaft benötige nicht für den Forschungsnachwuchs 20% oder 40% eines Jahrgangs. In der Schweiz berechtige bereits der mittlere Abschluß zum Aufstieg in den Berufen. Aber die Schweiz ist auch darin eine Insel der Seligen. Jenseits des Jura zehrt man immer noch von der Idee, 80% eines Jahrgangs zum Baccalaureat zu bringen. Unsere Situation liegt etwa in der Mitte zwischen beiden Extremen. Für so manchen ist das keine Beruhigung.

Der Bremer Professor für Informatik Klaus Haefner verbreitet schon längere Zeit sein »Plädoyer für eine neue Elite«: »Wir brauchen neben mehr breiter Bildung auch eine Elite! Die Bildungspolitik der 68er Jahre ist überholt: Vor der Erfindung und breiten Nutzung der Informationstechnik brauchte man an vielen Stellen in der Gesellschaft eine breite Palette von Qualifikationen« (so Haefner im Stern). In der computerisierten Gesellschaft wickle man zunehmend gesellschaftlich notwendige Prozesse informationstechnisch über Standardprogramme ab, die man unbegrenzt vervielfältigen könne. Benötigt werden lediglich einige »Superspezialisten«, die »gute, marktfähige Computerprogramme« realisierten, Leute, die zur »fachlichen Elite« gehörten. »Lokale (breite) Intelligenz« sei für Lösungen technischer Probleme nicht mehr nötig: »Ganz wenige superqualifizierte Menschen reichen aus, um die operativen Probleme der Welt informationstechnisch zu lösen«. Und die Nationen, die solche Erfindungen hervorbringen, seien die USA und Japan. »In beiden Ländern gibt es »Eliteschulen« und »Eliteuniversitäten«, die durch brutale Selektion die Besten der Besten herausfiltern und hoch qualifizieren. Armes Deutschland: Wir haben die Eliten verdammt, wir haben auf eine »Breitenqualifizierung« gesetzt und sind heute »technisch-intellektuell« weit abgeschlagen«. Wenn Deutschland mit seinen »vergammelten Gesamtschulen« und »verrotteten Hochschulen« nicht Entwicklungsland werden wolle, gelte es, »zumindest einige wenige Einrichtungen im Schnellverfahren aufzubauen, die es erlauben, wirkliche Eliten zu qualifizieren, die

sich gegen den Kulturimperialismus aus Japan und USA stemmen könnten«. Die bildungspolitische Alternative »Eliten oder nicht?« sei lediglich eine esoterische Frage, es gehe darum, ob Deutschland bei der technischen Entwicklung noch mitmischen wolle. »Das schließt natürlich keineswegs aus, daß auch die »Breitenbildung« verbessert werden muß, ist sie doch unabdingbare Voraussetzung menschlichen Handelns und zentrale Basis des Ansatzes vom »mündigen Bürger«, der die Grundfeste unserer Demokratie bildet!«

Die von Klaus Haefner an Japan und den USA so sehr bewunderte und für Deutschland geforderte »brutale Selektion« kommt in Anbetracht mancher Zustände an unseren Schulen der klammheimlichen Sehnsucht nach Zucht und Ordnung in wohl situierten Elternhäusern und Aufsteigerhaushalten entgegen. Solche Ideen haben in konservativen Kreisen Konjunktur, viele machen sich langsam mit teuren Privatschulen vertraut. Daß die »brutale Selektion« (Haefner) wahrscheinlich die falsche Elite herausmendet, wird bereits in der Titelgeschichte des »Stern« deutlich. Der Siemens-Forschungsvorstand Professor Hans Günter Danielmeyer befürchtet denn auch: »Auf der Strecke bleiben vor allem sensible und kreative Leute, während die dickfelligen und angepaßten durchkämen«. Was soll nun gelten, jenseits der Horrifizierungen, was sind die Anforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland?

V

Gehen wir die wesentlichen Forderungen der von Haefner und anderen propagierten Eliteschulen durch. Mit welchen Instrumenten soll die »brutale Selektion« durchgesetzt werden?

Erstens: Es wird eine Begrenzung des Zugangs zum Gymnasium gefordert. Die sog. »brutale Selektion« soll bereits zu Beginn der Klasse 5 verhindern, daß jedes Mädchen und ein jeder Knabe in die Eliteschulen aufgenommen wird. Nach welchen Kriterien die Aufnahme-Selektion erfolgen soll, bleibt bisher unausgesprochen. Vermutlich sind es die Güte der Grundschulnoten in Verbindung mit einem elterlichen Aufnahmegespräch unter Inaugenscheinnahme des betreffenden Kindes und mit Einsatz einer Batterie von psychologischen Intelligenz-, Begabungs- und Konzentrationstests. Mit gutem Honorar abzufindende Psychotechniker werden es schon richten.

Zweitens: Es wird eine starke Selektion innerhalb der Eliteschulen gefordert. Insbesondere während der gesamten Sekundarstufe I bis zum zehnten Schuljahr sollen die Knaben und (die auf diesen Schulen vermutlich nur wenig vorhandenen) Mädchen ständigen Auslesemechanismen unterzogen werden. Wahrscheinlich ist daran gedacht, innerhalb der Schulen nochmals zu differenzieren, und zwar in höhere Elitekurse für die allgemeinen Hochbegabungen und die hohen Spezialbegabungen sowie in Grundkurse für Knaben und Mädchen bei plötzlichem Leistungsvergessen (z.B. während der Pubertät) oder bei speziellen Minderleistungen (z.B. bei fremdsprachlich weniger begabten Mathematik-Genies).

Drittens: Es wird eine Begrenzung der Abiturienten-Quote gefordert. Nicht alle Absolventen sollen wie im alten Gymnasium automatisch mit der Versetzung nach

der zehnten Klasse in die Oberstufe übergehen, nur etwa 40% sollen in die letzten Schuljahre überwechseln dürfen und das neue Super-Elite-Abitur erreichen, damit das daran anschließende Studium an den Elite-Universitäten nicht zu deren Überfüllung führt.

Viertens: Von der zukünftigen Qualifikationselite wird der Erwerb von sozialen Kompetenzen gefordert. Ein Elite-Dasein kombiniert mit Durchsetzungskraft und Ellenbogen genügt der Wirtschaft nicht. Fähigkeiten zur Führung und zur Teamarbeit sind zu erlernen. Gleichzeitig hat die Elite sich ihrer sozialen Verantwortung und Fürsorge für die Nichtelite stets bewußt zu sein.

Gesetzt den Fall, die vom Bonner Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft für richtig gehaltene Quote von 14% Abiturienten statt der beklagten 30% sollte im Rahmen einer entsprechenden Bildungspolitik realisiert werden: Mit der Hierarchie der drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium konnte das bisher nicht durchgesetzt werden, auch nicht in Bayern. Eltern schicken ihre Kinder in jene Schulen, die die höchsten Abschlüsse und Berechtigungen vergeben. Die »Einmal-Selektion« am Ende der vierjährigen Grundschule wird sogar in Bayern übersprungen, wo jede(r) zweite, der/dem die Grundschule die Eignung fürs Gymnasium verweigerte, doch irgendwie dort landete (z. B. durch das freiwillige Wiederholen der vierten Grundschulklasse). Klar ist: Mit dem herkömmlichen dreigliedrigen Schulwesen ist die gewünschte Selektion nicht zu bewerkstelligen, und die Abiturientenquote kann damit wohl auch in Zukunft nicht gesenkt werden. Zur Ironie der Geschichte gehört die Tatsache, daß die Stigmatisierung des gegliederten Systems als Mittel der Selektion dieses in die Krise gestürzt hat.

Es wurden gerade auch unter konservativen Eltern Widerstände gegen Versuche mobilisiert, eine selektive Bildungspolitik zu restituieren. Das CDU-Intermezzo in Hessen gilt inzwischen unter Experten als das Schulbeispiel. Wagner scheiterte mit seinen Versuchen, die Zugänge zum Gymnasium zu verringern, auf breiter Front. In den konservativen Kreisen gilt, was schon der ehemalige niedersächsische CDU-Kultusminister Remmers an der Elite-Diskussion bespöttelte: »Aufs Gymnasium sollen nur die wirklich begabten Kinder. Und meine eigenen!« Selbst wenn eine Vorselektion für die Eliteschule in den Parlamenten politisch durchzusetzen wäre, ließe sie sich doch mit dem dreigliedrigen Schulwesen nicht administrieren. Somit kann bereits die erste Forderung, die Begrenzung der Zugänge, mit dem dreigliedrigen Schulwesen nicht erfüllt werden.

Die Forderung nach einer starken internen Selektion innerhalb der traditionellen Eliteschulen, den Gymnasien, wird sich wohl kaum durch Wiedereinführung vieler Quarta-Abiture bewerkstelligen lassen. In der neuen Konkurrenzsituation kann es sich kein Gymnasium mehr leisten, so rigide zu verfahren, wie es manche Wirtschaftsvertreter mit dem Mut der Verzweiflung fordern.

Die innere Ausdifferenzierung des Gymnasiums in achtjährige »D-Züge« für Eliten und neunjährige »Normalzüge« ist in Hessen und in Niedersachsen und auch anderswo gescheitert. Das Gymnasium ist intern das, was seine Apologeten nach außen leidenschaftlich bekämpfen: eine Einheitsschule. Jegliche Differenzierung unter seinem Dach ist dem Gymnasium fremd. Damit ist auch die zweite Forderung nach interner Selektion nicht zu erfüllen.

Mit der dritten Forderung, der nach Begrenzung der Übergänge in die Oberstufe des Gymnasiums, verhält es sich ähnlich. Das Gymnasium versteht sich nicht als eine Stufenschule, deren Abschlüsse nach Klasse 10 in berufliche Alternativen zur gymnasialen Oberstufe einmünden, sondern als Langform-Schule, als einheitlicher Bildungsgang von Klasse 5 bis Klasse 13. Die etwa 5-10% Abgänge aus der Klasse 10 der Gymnasien in berufliche Schulen werden schon in quantitativer Hinsicht als gering angesehen. Es sind die kleinen Betriebsunfälle, die das Gymnasium in Kauf nimmt. Damit ist auch die dritte Forderung, die Begrenzung des Zuganges zur Oberstufe mit Hilfe des Gymnasiums illusorisch.

Auch die vierte Forderung der Elite-Förderer, die Herausbildung von Führungs- und Teamfähigkeit, läßt sich im herkömmlichen Gymnasium nur begrenzt realisieren. Zwar ist das Ziel gymnasialer Bildung die Formel »Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung«. In den Richtlinien und Lehrplänen, in der unterrichtlichen Realität dominieren jedoch frontaler Unterricht mit Betonung fachlicher und methodischer Lernziele.

Das dreigliedrige System und das Gymnasium als brutale Selektionsanstalt? Solche Möglichkeiten der Rückentwicklung sind passé, auch wenn im Philologenverband noch gern von ihnen geträumt wird.

Andere Möglichkeiten der Elite-Bildung erscheinen ebenfalls wenig aussichtsreich: die Privatschulen? Die teuren Gebühren schrecken die Mittelschichten ab, selbst wenn deren Kinder für eine Elite-Bildung in Frage kämen. Auch konfessionelle Privatschulen lieben Ehrgeizlinge nicht sonderlich. Lehrpersonal und Leitung haben sich eher auf die etwas dümmlichen Kinder besserer Leute eingestellt. Die

Internate? Soziale Reparaturschmieden für Scheidungswaisen und anderes Strandgut aus den Haushalten der reicheren Leute gelten für die Elite-Erziehung als nicht besonders tauglich. Auch neue staatliche oder private Eliteschmieden lassen sich nicht schnell aus dem Hut zaubern. Schulgesetze müßten geändert, Finanzierungen durch Staatsmittel oder Stiftungen besorgt, Lehrkräfte rekrutiert, Selektionskriterien festgelegt werden.

VI

Zurück deshalb zu meinem schlechten Witz. Zur Elite-Diskussion paßt der Abschied vom Lieblingskind der sozialliberalen Reformperiode. Das Problem zu lösen vermag allein die Gesamtschule! Dem Ruf der Wirtschaft und der Konservativen nach Produktion einer Elite kann nur noch mit der Gesamtschule abgeholfen werden! Das Schicksal des Kindes meines Freundes hat mich auf die Idee gebracht. Man muß nur unorthodox denken, nur darauf kommen und es immer wieder aufsagen:

- In der Gesamtschule werden, wie der Beispielfall demonstriert, jetzt bereits in der Klasse 5 nicht alle Kinder aufgenommen, werden in Nordrhein-Westfalen jährlich über fünftausend abgewiesen. Wer für das Gymnasium taugt, taugt noch lange nicht für die Gesamtschule. Gesamtschulen, die alle Kinder aufnehmen können, gibt es nicht, und keiner erwartet das im Ernst von der Gesamtschule. Eltern sind augenscheinlich bereit zu akzeptieren, daß allein die Gesamtschule das Recht hat, Schüler schon zu Beginn zu sortieren. Damit wäre bereits jetzt in der Gesamtschule das erste Strukturmerkmal der Elite-Schule, die Begrenzung des Zuganges, erfüllt.
- In der Gesamtschule werden die Kids in bessere E-Kurse und in schlechtere G-Kurse »sortiert«. Daneben gibt es spezielle Neigungsschwerpunkte mit Spezialkursen für sprachlich oder naturwissenschaftlich oder ökonomisch oder technisch oder künstlerisch Begabte. Das sind bis zu acht Stunden in der Woche zusätzliches Lernen in zwei speziellen, vertieft zu unterrichtenden Fachbereichen. Und diese implizieren unterschiedliche Abschlußmöglichkeiten. Am Ende der Sekundarstufe I erreichen in der zehnten Klasse 20% der Gesamtschüler den Hauptschulabschluß, 40% den Realschulabschluß und 40% die Berechtigung zum Besuch der Oberstufe. Damit werden 60% der Jugendlichen nach der Klasse 10 in die berufliche Bildung eingefädelt, allerdings nicht, wie Informatik-Elite-Professor Haefner fordert, »brutal und gnadenlos«, sondern »menschlich« in einer »humanen Leistungsschule«, wie die CDU sie verlangt. Mit der internen Differenzierung nach Leistung und spezieller Begabung wäre in der Gesamtschule also auch das zweite Strukturmerkmal der Elite-Schule erfüllt.
- In der Gesamtschule werden nicht wie im Gymnasium automatisch nach Klasse 10 alle Jugendliche in die »Studienstufe« übernommen, die Aussicht auf ein Abitur erhalten gegenwärtig nur durchschnittlich 40% zugesprochen. Auch das unterscheidet die Langform Gesamtschule vom Gymnasium. Die anderen 60% verlassen mit einem anständigen, die Mehrheit von ihnen mit einem mittleren Abschluß die Schule. Durch die humane Leistungsschule gestählt, werden sie

entsprechende mittlere Berufspositionen erreichen. Somit wäre in der Gesamtschule auch das dritte Strukturmerkmal der Elite-Schule erfüllt, die Begrenzung des Zuganges zur gymnasialen Oberstufe. Man muß es sich nur klar machen: Die Gesamtschule löst das gegliederte Schulwesen auf, indem sie wie keine andere die Gliederung von Schülergruppen durch unterschiedliche Schulabschlüsse fördert. Die Voraussetzung für die Integration aller besteht in der Produktion von Unterschieden.

- Und ein letztes: Gesamtschulen sind Ganztagschulen. Damit bieten sie vielfältige Gelegenheiten für jugendliche Gesellungen auf einem hohen gesellschaftlichen Niveau, für Sport und Spiel ebenso wie für Orchester und Chor, für vielfältige Möglichkeiten des sozialen Lernens (z.B. in Projekten der Entwicklungshilfe), für gruppendynamische Rollenspiele u.v.m. Somit wäre in der Gesamtschule auch das vierte Strukturmerkmal der Elite-Schule erfüllt. Die selbstbewußte Wahrnehmung sozialer Verantwortung und Kooperation wird in keiner Schulform so nachhaltig gefördert. Wer später, in der beruflichen Hierarchie, zusammenarbeiten soll, lernt das bereits in der Schule.

VII

Der Umbau der Gesamtschule zur Eliteschule wäre leicht zu bewerkstelligen. Lediglich neue Richtlinien und Lehrpläne müßten her. Die alten Gesamtschulprotagonisten müßten begreifen, daß allein mit der Gesamtschule als Elite-Schule in der gegenwärtigen historischen Situation die neue Hoffnung für eine flächendeckende Ersetzung des dreigliedrigen Schulwesens aufrechterhalten werden kann. Die Formel: Gesamtschule als Eliteanstalt (im Sinne Haefners, der deutschen Arbeitgeber und der CDU) ist jedenfalls gegenwärtig weniger utopisch als die alte Formel von der Schule für alle. Eine solche neue Gesamtschulstrategie entspräche wohl auch dem typisch deutschen Kalkül in den Bildungsreformen von Humboldt bis in die Gegenwart: Durchsetzung aller Bildungsreform vom gesellschaftlich Höheren in das Niedere! Wurden nicht auch die ersten »Doppelqualifikationen« der Kollegschule als höhere Super-Abiture organisiert, als Prüfstein, ob die Integration von Berufs- und Allgemeinbildung gelänge?

Die Gesamtschule als begabungsgerechte Differenzierungsschule wird gegenwärtig noch durch die Blödigkeit konservativer Bildungspolitiker verhindert. Ein großes Unglück ist, daß deutsche Konservative keine Phantasie haben und sich nicht vorstellen können, welche Machtmittel zur Verteilung von Status und Bevorzugung ihrer Klientel sie langfristig mit einem integrierten Schulwesen in die Hand bekämen. Andere Länder sind mit integrierten Lösungen keineswegs »ideologischer« oder linker als man es hierzulande ist. Die Reproduktion von Eliten wurde weder in England noch in den USA durch das integrierte Schulwesen verhindert, eher im Gegenteil hat man dort ein ungestörteres Verhältnis zur Ausbildung von Eliten bewahrt, wohl auch weil niemanden so leicht das schlechte Gewissen plagt, die Gesellschaft würde zulassen, daß zu früh, im Alter von 10 Jahren, die Schule über das Bildungsschicksal der Kinder entscheide.

Meine Gesamtschulkollegen beschimpfen Entscheidungen wie die über das Kind in meinem Beispielfall und nehmen sie doch alltäglich hin. Von wegen: es gäbe diesen Unterschied zwischen Strategie und Taktik! Langfristig ginge es in der Gesamtschule um eine gerechte Schule für alle Kinder mit einer optimalen Förderung für alle, kurzfristig müsse man zeigen, daß die Gesamtschule nicht allen die höchsten Berechtigungen hinterherschmeiße.

Liebe Freunde der Gesamtschule! Während das, was wir in der Gesamtschule täglich zu tun gezwungen sind, uns keine Meriten einträgt und wir uns nur noch in unseren innersten Zirkeln mit den gemeinsamen edlen Zielen Mut machen, wäre vielleicht mehr gewonnen, wenn wir unsere Schwächen denen als unsere Stärke verkaufen würden, die uns politisch durch ihre Beschimpfungen so anhaltend schwächen: unsere geborenen Gegner auf der konservativen Seite. Wenn wir schon nicht anders können, dann sollten wir aus der Not eine Tugend machen: Erklären wir also unseren Gegnern, daß allein wir und nicht ihr gehätscheltes Gymnasium ihre Interessenlage bedienen können. Zeigen wir ihnen, daß allein wir dazu in der Lage sind, schwächere Schüler abzuweisen und daß nur wir Schüler herunterstufen können, ohne daß Klagen laut werden. Es ist eben kein Witz: Die Gesamtschule ist die Schule der Wirtschaft!